Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 46 (2019)
Heft: 4

Artikel: "Endlich etwas zum Ausdruck bringen"
Autor: Lettau, Marc / Peter, Theodora
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-911356

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WAHLEN 2019

«Endlich etwas zum Ausdruck bringen»

Sie haben kein Stimmrecht. Trotzdem werden die Schweizer Schülerinnen und Schüler wohl den Ausgang der Parlamentswahlen vom Herbst mitbestimmen. Zu Tausenden streiken sie für eine konsequente Klimapolitik und wollen damit die ihrer Meinung nach schläfrige Politik wecken. Wie ticken die jungen Menschen, die vorneweg marschieren?

MARC LETTAU, REPORTAGE
THEODORA PETER, PARTEIENUMFRAGE

Es ist wieder Freitag, ein Schultag. Trotzdem ziehen massenhaft Schülerinnen und Schüler lärmend durchs Stadtzentrum. Weil sich solches seit Monaten in vielen Städten wiederholt, kennen Passanten inzwischen den Grund: Da streikt die Schülerschaft. Sie bleibt dem Unterricht fern und fordert auf der Strasse lautstark per sofort eine griffige Klimapolitik. Die Jüngeren sind kaum zwölf, die grosse Menge sind Teenies. Inzwischen machen Mitzwanziger aus den Universitäten mit. Unter die Menge mischt sich zunehmend die Generation der Grosseltern, etwas zögerlicher jene der Eltern. 50 000 haben am schweizweiten Klimastreik vom 15. März 2019 teilgenommen. Zwei Monate später, am 24. Mai, waren es trotz Maturitätsprüfungen wiederum Zehntausende. Die Bewegung lässt sich weder übersehen noch überhören.

«So darf es nicht sein»

Doch was treibt die juvenile Streikbewegung an? Die Frage geht an ein Trio aus dem Kanton Bern. Da ist zunächst der Thuner Schüler Linus Dolder (16). Er schildert, wie sehr die Kraft der Bilder sein Engagement antreibe. Wenn er in den Winterferien auf 2000 Metern Höhe im T-Shirt auf eine braune und bloss von weissen Kunstschneebändern durchzogene Landschaft blicke, dann werde ihm «auch ohne dreissig, vierzig Jahre Lebenserfahrung bewusst, dass es so nicht sein darf».

Sophie Feuz (16) wiederum, Schülerin aus Bern, stellt nicht die «sowieso unbekannte Zukunft» in den Fokus, sondern die unerträgliche Gegenwart: «Schon wegen dem heutigen Zustand verlieren Menschen ihre Lebensgrundlage, sterben Tierarten aus, verschwinden die Gletscher in den Alpen.» Es sei bedrückend, innerhalb des eigenen, kurzen Lebens – «und ein

Linus Dolder: «Man kann doch gar nicht anders, als etwas zu ändern. Vegetarier werden, nicht mehr zu fliegen, mehr Velo zu fahren.»
Foto Danielle Liniger

Leben ist ja nur ein Wimpernschlag» – so viel Niedergang zu erfahren.

Wirada Läderach (15) aus Belp schliesslich nennt gleich drei Gründe fürs Streiken. Erstens die Furcht vor dem «ganz grossen Chaos», das drohe, wenn jene in Not durch den Klimawandel noch stärker unter Druck gerieten. Zweitens die frustrierende Erfahrung, «dass jene, die unsere Zukunft in den Händen halten, nicht handeln wollen». Und drittens sei mit den Streiks eine Möglichkeit gefunden worden, «endlich etwas zum Ausdruck zu bringen, das uns schon lange beschäftigt».

Alles, und zwar subito

Die streikende Klimajugend ist aufmüpfig im Ton und verblüffend wohlerzogen im Auftritt: Die Polizei eskortiert die aufmarschierenden Mengen jeweils sichtlich gelassen. Eher keck als konkret ist der Forderungskatalog. Zuerst kommt Grundbefindlichkeit zum Ausdruck, wenn Zwölfjährige ihr gestalterisch verunglücktes Banner stolz vor sich hintragen; es trägt die Aufschrift: «Das Klima ist noch mehr Scheisse als unser Plakat.» Als Hauptforderung steht «eine Schweiz mit netto null Treibhausgasemissionen bis

«Wir konsumieren mega viel und mega billig», sagt Sophie Feuz. Man müsse für weniger Konsum und für Kostenwahrheit einstehen.
Foto Danielle Liniger

ins Jahr 2030» im Mittelpunkt. Und als erster Schritt hin zu «Klimagerechtigkeit» gelte es, die Krisenlage zu erkennen und den «Klimanotstand» auszurufen.

Das färbt auf die etablierte Politik ab. Im Februar hiess das Kantonsparlament von Basel-Stadt eine Klima-Resolution gut und rief damit den «Klimanotstand» tatsächlich aus. Obs ein Symbolakt zur Ruhigstellung der Schülerschaft bleibt oder der Auftakt einer neuen politischen Prioritätensetzung wird, bleibt vorerst unklar. Inzwischen haben sich auch Städte wie Olten (SO) und Delsberg (JU) sowie der Kanton Waadt zu klimatischen «Notstandsgebiete» erklärt.

Anzeichen für politische Klimaveränderungen lieferten Anfang Jahr kantonale Wahlen. Im März haben im

Wirada Läderach: «Wir sind keine Bewegung, die Angst verbreiten will. Wir wollen, dass vieles hinterfragt wird.»
Foto Danielle Liniger

Kanton Zürich die klimapolitisch pointierte Grüne Partei sowie die Grünliberalen ihren Wähleranteil von zusammen 14,8 Prozent (2015) auf neu 24,8 Prozent gesteigert. Für helvetische Verhältnisse ist dies eine enorme Verschiebung. Sie erfolgte übrigens auf Kosten der rechtsbürgerlichen SVP sowie der Freisinnigen. Die daraufhin folgenden Parlamentswahlen in den Kantonen Baselland und Luzern lieferten ähnliche Bilder. Den Zürcher Wahlen kommt aber besondere Bedeutung zu, weil diese in der Vergangenheit ein verlässlicher Gradmesser für die später im Jahr folgenden nationalen Wahlen waren. Die meisten Politologen mutmassen deshalb: Am 20. Oktober könnte sich das Bild – grüne Erfolge, rechtsbürgerliche Baisse – wiederholen.

Wie beurteilen die Streikenden den Wahlherbst? Sophie Feuz: «Ich traue uns zu, die Wahlen massgeblich zu beeinflussen.» Sie schiebt ein «falls» nach: «Falls das Interesse der Jugendlichen nicht verebbt.» Einigen Gleichaltrigen genüge nämlich der «einmalige Einsatz» auf der Strasse: «Anderseits sind wir doch jedesmal mehr, die mitmachen.» Noch mehr würde sie der Bewegung zutrauen, wenns auf nationaler Ebene ein Stimmrecht ab 16 Jahren gäbe. Mit 16 seien viele politisch wesentlich interessierter als mit 20, sagt sie: «In der Schule wird unsere Mündigkeit gefördert. Viele Jugendliche sind mega gut orientiert.» Kaum aus der Schule, fehle aber jegliche «Bühne», die eigene Mündigkeit weiterzuentwickeln. Da verfliege die Motivation, am politischen Leben zu partizipieren, recht rasch.

Die FDP korrigiert, die SVP hofft

Die beiden grössten bürgerlichen Parteien, SVP und FDP, reagieren ganz unterschiedlich auf das Phänomen Klimastreik und dessen Breitenwirkung. FDP-Parteipräsidentin Petra Gössi will gestützt auf eine Befragung der Basis der wirtschaftsliberalen Partei einen grünen Kurs verpassen. So fordert neu auch die FDP eine CO_2-Abgabe auf Benzin und Diesel. Doch Gössi spürt Gegenwind. So stichelte Parteileitungsmitglied Christian Wasserfallen, die «Umfärbung» einer Partei bringe nichts. Wer grün wählen wolle, gebe lieber «dem Original» die Stimme, also den Grünen.

Weit kniffliger ist die Lage für die SVP. Ihr nähme man die plötzliche Grünfärbung nicht ab. Also setzt sie zuerst aufs Prinzip Hoffnung: Man behalte den Kurs bei, denn im Herbst sei das Klimathema ja womöglich wieder vom Tisch, versicherten SVP-Exponenten nach den verlustreichen Kantonswahlen. Das glaubt zumindest ein Teil der traditionellen Basis – etwa die vom Klimawandel herausgeforderten Bauern – aber gar nicht. Die SVP-Spitze ist deshalb dazu übergegangen, sich dezidiert gegen die Klimajugend

SVP warnt vor «Klimahype»

Bei der SVP steht die Klima- und Umweltpolitik nicht zuoberst auf der Prioritätenliste. Die Partei positioniert sich vielmehr als Gegenpol zum «Klimahype», der zu einem «linken Verbotswahn» führe. Die Volkspartei setzt vielmehr auf Freiwilligkeit und Eigenverantwortung. Sie wehrt sich gegen jegliche neuen Abgaben und Gebühren, befürwortet aber in der Klima- und Umweltpolitik steuerliche Anreize, zum Beispiel bei Gebäudesanierungen. Insbesondere lehnt die SVP einen Alleingang der Schweiz bei der Halbierung der CO_2-Emissionen bis 2030 ohne international verbindliche Beschlüsse aller Staaten ab. Im Hinblick auf die nationalen Wahlen vom 20. Oktober setzt die SVP auf nicht-grüne Wählerschichten und positioniert sich dabei als Lobby für Autofahrer und gegen Beschränkungen der Mobilität.

Politisches Gewicht: 66 Sitze im Nationalrat, 5 Sitze im Ständerat, 2 Sitze im Bundesrat
Klimapolitik der SVP: ogy.de/svp-klima

FDP vor grünem Kurswechsel

78 Prozent der FDP-Mitglieder wünschen sich mehr Engagement der Partei für Umwelt und Klima. Dies zeigt eine parteiinterne Umfrage, die FDP-Präsidentin Petra Gössi in Auftrag gegeben hat. So spricht sich die Basis etwa für eine Abgabe auf Flugtickets aus und ist zudem dafür, dass die Schweiz die CO_2-Emissionen mehrheitlich im Inland reduziert. Gegen beide Anliegen hatte sich die FDP-Fraktion im Parlament bislang gesperrt. Zunächst soll der Kurswechsel in ein neues Positionspapier münden, das Forderungen zu den Bereichen Wohnen, Verkehr, Arbeit/Bildung und Natur enthält und als Richtschnur für die FDP-Politik der nächsten Jahre dienen soll. Offen bleibt, ob der Kurswechsel der Partei bei den nationalen Wahlen grünen Rückenwind verleihen wird.

Politisches Gewicht: 33 Sitze im Nationalrat, 13 Sitze im Ständerat, 2 Sitze im Bundesrat.
Klimapolitik der FDP: ogy.de/fdp-klima

BDP setzt auf Gletscher-Initiative

Wie die CVP unterstützt auch die BDP ein griffiges CO_2-Gesetz. Nach dem Scheitern der Vorlage im Nationalrat wollte die Partei ursprünglich eine eigene Volksinitiative lancieren. Dies mit dem Ziel, in der Schweiz ab 2040 keine Neuwagen mit Verbrennungsmotoren mehr zuzulassen. Die Idee einer solchen Mobilitätsinitiative liess die Partei später fallen und unterstützt stattdessen die breit abgestützte Gletscher-Initiative, welche die Ziele des Pariser Klimaabkommens in der Verfassung verankern will. Damit bündelt die BDP die Kräfte und präsentiert sich als pragmatische und lösungsorientierte Partei – getreu dem Wahlmotto «Langweilig, aber gut». Mit dem Verzicht auf eine eigene Initiative dürfte es für die BDP im Wahlherbst nicht einfach werden, mit der Klimafrage zu punkten.

Politisches Gewicht: 7 Sitze im Nationalrat, 1 Sitz im Ständerat.
Klimapolitik der BDP: ogy.de/bdp-klima

CVP als Mehrheitsbeschafferin

Als einzige bürgerliche Bundesratspartei hat die CVP letztes Jahr im Nationalrat griffige Massnahmen im CO_2-Gesetz unterstützt. Grüne Anliegen hat sich die Partei schon früher auf die Fahne geschrieben – zuletzt mit der Unterstützung der Energiewende. Nach dem Scheitern des CO_2-Gesetzes im Nationalrat will die Partei nun eine führende Rolle für eine neue mehrheitsfähige Vorlage übernehmen. Im Hinblick auf den Wahlherbst punkten will die CVP als «einzige bürgerliche Partei, die sich konsequent für den Umweltschutz einsetzt». Damit grenzt sie sich von SVP und FDP ab, die bisher nichts von CO_2-Reduktionszielen im Inland wissen wollten. Auch unterstützt die CVP die Abgabe auf Flugtickets sowie finanzielle Anreize für die Isolation von Häusern oder den Ersatz von Ölheizungen, um die Klimaziele zu erreichen.

Politisches Gewicht: 41 Sitze im Nationalrat, 13 Sitze im Ständerat, 1 Sitz im Bundesrat.
Klimapolitik der CVP: ogy.de/cvp-klima

zu stellen und sich neu als letzte Partei zu empfehlen, die konsequent für die Interessen der Autofahrer kämpft. Parteipräsident Albert Rösti diagnostiziert seither bei der Klimajugend «pseudoreligiöse Züge». Und der Zürcher Nationalrat Roger Köppel drückt in Interviews sein Mitleid mit der Klimajugend aus: Sie sei von «linken Klimaideologen» instrumentalisiert, dienten einer «rotgrünen Umweltdiktatur» zu, die den sozialen Frieden bedrohe. Köppel: «Ein Skandal ist, dass unsere Lehrer ihre Schüler an diese politisch ferngesteuerten Klimademonstrationen schleppen.»

Ist Wirada Läderach ferngesteuert und pseudoreligiös verblendet? Sie sagt, solche Angriffe machten sie sprachlos: «Es ist doch eine Tatsache, dass wir jetzt handeln müssen, weil sonst die ganz fatale Entwicklung droht.» Aus ihrer Sicht ist an den Vorwürfen einiges suspekt. Zuerst werfe man der Jugend kollektiv vor, sie sei politisch desinteressiert und apathisch: «Und jetzt, wo sie ihr eigenes Thema gefunden hat, wird den Jugendlichen vorgeworfen, sie seien ferngesteuert.» Vielleicht provoziere die Bewegung so stark, «weil sie selber denkt».

«Nicht bloss als Familien-Hobby»

Auch das gehört zum Bild: streikende Teenies mit dem wenig klimafreundlichen Beef-Burger in der einen und der Cola in der Wegwerfdose in der anderen Hand. Wie steht es ums Konsequentsein? Er kenne solche Einwände zur Genüge, sagt Linus Dolder. Aber: «Es kann doch nicht sein, dass man perfekt sein muss, um seine Stimme erheben zu dürfen.» Wer sich zur Klimabewegung bekenne, begebe sich auf einen Weg: «Genau das ist entscheidend.» Letztlich gehe es um die eigene Authentizität: «Ich kann nicht am Freitag am Klimastreik teilnehmen und am Samstag in die Ferien jetten.»

Sein Ansatz: Veränderung einfordern und selber Veränderung vornehmen. Er sei aus ökologischen Überlegungen Vegetarier geworden, sagt Linus Dolder: «Inzwischen kocht meine Mutter nur noch vegetarisch.» Als «Vegi» outet sich auch Wirada Läde-

SP für ökologischen Umbau

Die SP will die Energiewende schneller vorantreiben, damit die Schweiz bis 2045 klimaneutral wird. Gefordert wird deshalb ein rascher und sozial verträglicher Ausstieg aus den fossilen Energien. Auch der Finanzplatz soll klimafreundlich werden. «Es darf kein Rappen mehr in Öl und Gas investiert werden.» Der ökologische Umbau soll dank Förderung erneuerbarer Energien rund 40 000 neue Stellen schaffen. Diese Ziele will die Partei im Parlament mit zahlreichen Vorstössen erreichen. Die SP unterstützt zudem die sogenannte Gletscher-Initiative, die den Klimaschutz in der Verfassung verankern will und die Umsetzung der Ziele des Pariser Klimaübereinkommens fordert. Im Hinblick auf die Wahlen wird es für die SP angesichts des Höhenflugs der Grünen nicht einfach, mit dem Klimathema zu punkten.

Politisches Gewicht: 43 Sitze im Nationalrat, 12 Sitze im Ständerat, 2 Sitze im Bundesrat.
Klimapolitik der SP: ogy.de/sp-klima

GLP setzt auf Cleantech

Als klassische Umweltpartei sehen sich auch die Grünliberalen GLP im Aufwind. Beim Klimaschutz will die Partei die Schweiz zu einer Vorreiterin machen – durch Innovation und Wettbewerb. So soll die Schweizer Wirtschaft auf Cleantech setzen. Dadurch könnte eine «riesige Exportbranche» entstehen, da das Pariser Klimaabkommen auch in anderen Ländern umgesetzt werden muss. Beim CO_2-Gesetz setzt sich die Partei dafür ein, dass ein grosser Teil der Emissionen in der Schweiz kompensiert wird. Massnahmen braucht es aus Sicht der GLP nicht nur bei Gebäudesanierungen, sondern auch beim Strassen- und Flugverkehr, die bisher verschont worden seien. Wie die Grünen definieren die Grünliberalen die nationalen Wahlen vom Herbst als Schlüsselwahl – unter dem Wahlkampfmotto: «Es ist Zeit.»

Politisches Gewicht: 7 Sitze im Nationalrat.
Klimapolitik der GLP: ogy.de/glp-klima

Grüne mit Greta-Rückenwind

Naturgemäss gehört der Umwelt- und Klimaschutz zum Kern grüner Politik. Priorität für die Grünen hat weiterhin ein griffiges CO_2-Gesetz. Dabei fordern sie einen Ausbau der Gebäudesanierungen und eine Erhöhung der CO_2-Abgabe. Auch sollen Landwirtschaft und Finanzsektor zum Klimaschutz beitragen. Die Grünen fordern zudem weltweite Klimagerechtigkeit: Die Schweiz soll für eine verursachergerechte Finanzierung der Schäden des Klimawandels sorgen. Bei kantonalen Wahlen konnten die Grünen bislang am stärksten vom «Greta-Effekt» profitieren. Ob dieser Höhenflug im Herbst auf nationaler Ebene eine Fortsetzung findet, hängt auch davon ab, ob die Klimafrage weit oben auf der politischen Agenda verbleibt. Auf jeden Fall haben die Grünen die Wahlen 2019 vorsorglich zur «Klimawahl» erklärt.

Politisches Gewicht: 11 Sitze im Nationalrat, 1 Sitz im Ständerat.
Klimapolitik der Grünen: ogy.de/gps-klima

In der Schweiz sinkt der CO_2-Ausstoss

Im April vorgelegte Auswertungen zeigen: Zwischen 1990 und 2015 ist in der Schweiz der Ausstoss an klimaschädlichem CO_2 um gut 10 Prozent zurückgegangen, trotz gleichzeitigem Bevölkerungswachstum. Der CO_2-Ausstoss pro Kopf ist weniger als halb so hoch wie bei den übrigen Industriestaaten. Dies ist die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht lautet: Bei genauerer Betrachtung liegt der ökologische Fussabdruck der Schweizerinnen und Schweizer weit über dem weltweiten Durchschnitt. Denn: Die Schweizer Volkswirtschaft importiert sehr viele CO_2-intensive Produkte aus dem Ausland. Rund 80 Prozent der von Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten verursachten Treibhausgasemissionen fallen im Ausland an.

In vollem Gang ist in der Schweiz übrigens das Ringen um die Totalrevision des Schweizer CO_2-Gesetzes. Es soll zu substanziellen Senkungen des CO_2-Ausstosses führen. Gestritten wird unter anderem über die Frage, wo die Schweiz zu künftigen CO_2-Senkungen beitragen will: Hauptsächlich im Ausland oder zu grossen Teilen im Inland. Während sich der Nationalrat bisher weigerte, ein Inlandsziel festzulegen, dürfte der Ständerat beschliessen, dass mindestens 60 Prozent im Inland geleistet werden muss. So zumindest schlägt es die vorberatende Kommission vor. (MUL)

rach. Gleichzeitig sieht Linus Dolder darin auch eine Falle: «Das eigenverantwortliche Handeln des Einzelnen hat schlicht keinen ausreichend grossen Einfluss. Es braucht unbedingt den Einbezug der Politik.» Sie müsse die Weichen stellen, damit die gesteckten Ziele gemeinsam erreicht werden können: «Man muss also auch dafür sorgen, dass Klimaschutz nicht bloss ein Familien-Hobby bleibt.»

Breite Debatte, neue Blickwinkel

Die einen umarmen die Klimajugend, die anderen bestrafen sie mit Abgrenzung. Beide Reaktionsweisen gehen vom gleichen Referenzpunkt – der Klimafrage – aus. Deshalb rückt sie in der Schweiz so oder so stets stärker in den Mittelpunkt der politischen Debatte, zunehmend auch unter neuen Betrachtungswinkeln. So erklärte die fortschritts- und wirtschaftsfreundliche «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ) unlängst auf ihrer Frontseite, die Digitalisierung werde fälschlicherweise als Teil der Lösung des Klimaproblems verstanden. Aber sei im Gegenteil dazu Teil des Problems. Wegen dem wachsenden Streaming-Volumen sei die Kommunikationstechnologiebranche inzwischen für 3,7 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Das ist rund doppelt so viel, wie die zivile Luftfahrt zu verantworten hat. Mit Seitenblick auf die Jugend doziert die NZZ: «Streaming ist das neue Fliegen.» Wer ein Video streame, vervielfache den Energiekonsum seines Smartphones ums 1500-Fache.

«Wir konsumieren alle mega viel»

Das Smartphone hat auch Wirada Läderach stets mit dabei. Ja, viele heutige Jugendliche seien «satte, bequeme Kinder der Konsumgesellschaft». Gleichzeitig sei es die Generation, die sich bewege und neue Erkenntnisse suche. Für sie heisse das etwa: «Fliegen ist toll, aber für die nächste Reise einfach keine Option.» Die Begriffe Konsum und Konsumgesellschaft hat auch Sophie Feuz im Repertoire. Auf ihrem Protestbanner, das Spuren des regelmässigen Gebrauchs trägt, steht «Revolutionieren statt konsumieren». Sie wolle damit sagen, dass der – oft unbedachte – Konsum ein enormer Treiber des Klimawandels sei: «Wir konsumieren alle mega viel und mega billig.» Es gelte also, den eigenen Konsum zu hinterfragen und für Kostenwahrheit einzustehen, also einen Preis zu bezahlen, der alle Kosten decke, die ein Gut wirklich verursacht.

Apropos Wahrheit: Ist es nicht doch ein bisschen easy, die Schule zu schwänzen und dies als politische Tat zu verkaufen? Sophie Feuz' Replik ist gradlinig. Ein solches Bild zu verbreiten sei «etwas peinlich» und «vor allem falsch»: Wer streiken wolle, müsse ein ordentliches Dispensationsgesuch einreichen und erhalte happige Zusatzaufgaben auferlegt. Nicht zu streiken, sei da echt einfacher. Sie selber habe als Zusatzaufgabe einen Vortrag über den «anthropogenen Klimawandel» erarbeiten müssen. Das habe sie gefordert, denn der Klassenlehrer sei Geologe und im Thema sattelfest: «Da darf me ke Seich verzelle.»

Bei der Parteienumfrage wurden folgende im Nationalrat vertretene Kleinparteien nicht berücksichtigt: Evangelische Volkspartei, EVP (2 Sitze), Lega di Ticinesi (2), Mouvement Citoyens Genevois, MCG (1), Partei der Arbeit, PdA (1) sowie Parteilose (2).

Unterwegs mit Linus, Sophie und Wirada

Weitere Bilder von den in dieser Ausgabe portraitierten Jugendlichen Linus Dolder, Sophie Feuz und Wirada Läderach finden Sie online unter www.revue.ch. Ergänzt wird der Bilderbogen mit Reportagebildern der letzten Schweizer Schülerstreiks zum Thema «Klima».